

ber Bedeutung für die Sache des Friedens und der Entspannung in Europa, für die Anbahnung einer gesamteuropäischen Zusammenarbeit ist die friedliebende Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik. Die DDR spielt eine immer größere Rolle als Faktor des Friedens und der Sicherheit in den europäischen und internationalen Angelegenheiten. Die breite internationale Anerkennung der DDR zeugt davon, daß die auf dem Kontinent vor sich gegangenen sozialpolitischen Veränderungen nicht rückgängig zu machen sind und der auf die diplomatische Isolierung des sozialistischen deutschen Staates gerichtete Kurs vollkommen haltlos ist.

Beide Seiten unterstrichen die große Aktualität der Frage des Inkrafttretens des Vertrages über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD und ihrer Aufnahme in die Organisation der Vereinten Nationen. Beide Seiten halten es für notwendig hervorzuheben, daß der Beitritt der DDR und der BRD zur UNO in allernächster Zeit erfolgen muß.

Die führenden Repräsentanten der DDR und der UdSSR führten ebenfalls einen Meinungsaustausch über Westberlin betreffende Fragen. Sie stellten fest, daß das Vierseitige Abkommen vom 3. September 1971, wonach Westberlin nicht zur BRD gehört und auch künftig von ihr nicht regiert wird, sowie die entsprechenden Vereinbarungen zwischen der DDR und der BRD sowie zwischen der DDR und dem Senat von Westberlin die notwendige Grundlage geschaffen haben, um in diesem Gebiet eine normale und ruhige Lage aufrechtzuerhalten. Die strikte Einhaltung dieser Vereinbarungen ist das Unterpfand des Einvernehmens aller an den Westberliner Angelegenheiten interessierten Seiten.

Die Teilnehmer des Treffens brachten ihre Genugtuung darüber zum Ausdruck, daß die Verhandlungen zwischen der CSSR und der BRD begonnen haben. Die Normalisierung der Beziehungen der BRD mit der CSSR auf der Grundlage der Anerkennung der Rechtswidrigkeit und Nichtigkeit des Münchner Diktats sowie die Normalisierung der Beziehungen mit den anderen sozialistischen Ländern würde den Interessen des Friedens in Europa entsprechen.

Im Mittelpunkt der europäischen Politik steht jetzt die Vorbereitung der gesamteuropäischen Staatenkonferenz; sie ist berufen, praktische Maßnahmen zur Vertiefung der Entspannung und zur Gewährleistung dauerhafter Sicherheit auf dem europäischen Kontinent auszuarbeiten, die auf der Unverletzlichkeit der Grenzen, der Entwicklung von Beziehungen der guten Nachbarschaft und friedlichen Zusammenarbeit beruhen. Die DDR und die UdSSR treten für den baldmöglichen Abschluß der multilateralen Konsul-